

## Rundbrief 2011-1 Internetausgabe

Lieber Freundinnen und Freunde in pax christi,

„wir haben hier nicht nur kriegsähnliche Zustände, sondern Sie sind in Kämpfe verwickelt, wie man sie aus dem Krieg hat“ so hat die Bundeskanzlerin die Soldaten bei ihrem vorweihnachtlichen Besuch in Afghanistan direkt angesprochen. Ihren Verteidigungsminister von und zu Guttenberg hat sie ausdrücklich gedankt, weil er begonnen hat, die Lage am Hindukusch beim Namen zu nennen; er hatte gleichsam als erste Amtshandlung von „kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan“ gesprochen. (vgl. SZ vom 20.12.2010)

Jetzt gehört der Krieg zur offiziellen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wir befinden uns also im Krieg, in einem Krieg, in dem unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt wird.

Eine Tage vor diesem gemeinsamen Besuch von Regierungschefin und Verteidigungsminister hatte Baron von und zu Guttenberg – er kam mit seiner Frau - Gelegenheit in einer Talkshow bei Johannes Kerner diese Politik zu verdeutlichen. Dies nicht in einer Fernsehanstalt, sondern live vor Ort in Afghanistan mit martialischem Hintergrund. Der Krieg wurde damit medial endgültig abgesegnet und später zu einer abendlichen Stunde im Fernsehen ausgestrahlt.

Der frühere Verteidigungsminister Jung hatte schon ein Ehrenmal für die Opfer dieser Kriege (Balkan, Somalia, Kosovo, Afghanistan..) einweihen lassen. Die neue Order für die Soldaten hatten häufig mit früheren Symbolen ihre Weihen erhalten.

In unserer letzten Ausgabe (Rundbrief 2010 /2 haben wir die schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft in den Fokus genommen, die in allen sozialen Gruppierungen Einzug gehalten hat. Das Tempo dieser Entwicklung scheint sich beschleunigt zu haben. Wir - die katholische Friedensbewegung und viele andere Friedensfreunde und Gruppen in Rheinland-Pfalz - haben den Aktivitäten der Bundeswehr an den Schulen kaum adäquate Mittel entgegen zu setzen.

Der Vorstand hat daher beschlossen, uns nicht um eine Vereinbarung analog der Bundeswehr - mit dem Kultusministerium zu bemühen. Wir sagen unmissverständlich: Bundeswehr raus aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Schulen (vgl. insgesamt Seiten 24-30)

Unsere Resolution „Militarisierung an den bundesdeutschen Schulen oder die Bundeswehr macht Schule“ (14.10.2009) hat vielfach ein positives Echo gefunden. Denn:

- Inzwischen ist von der AGF Trier eine Kampagne gestartet worden, die gerade „die Bundeswehr aus den Schulen“ im Blick hat. Es sollen möglichst viele Gruppierungen und Aktivitäten konzentriert werden, um dieses Vorhaben politisch durch zu setzen. Wir werden bei dieser Kampagne mitarbeiten und weiter dazu berichten.

- Der Katholikenrat im Bistum Trier hat in einem Beschluss der Vollversammlung vom 23.10. 2010 aufgerufen, die Kooperationsverträge in Rheinland-Pfalz und im Saarland zu kündigen.
- In Koblenz hat am 4.11.2010 ein Seminar für Lehrer an allen Schulen statt gefunden, dass unter dem Motto stand: „Werben für das Sterben? Wie die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen tätig wird“. Der Referent: Michael Schulze von Glaßer aus Kassel führte vor ca. 20 Pädagogen in die Thematik ein. Veranstalter waren das evangelische Schulreferat Koblenz, die KHG Koblenz und die pax christi Koblenz.
- Im Dezember 2010 hat Markus Pflüger von der AGF, Trier, das Projekt und die Kampagne: „Bundeswehr raus aus den Schulen“ vor den Mitgliedern des ökumenischen Netzes Rhein- Mosel - Saar ebenfalls in Koblenz vorstellen können.

Wir können nur bescheiden konstatieren: Wir sind den Werbungen, Kampagnen, medialen Inszenierungen, dem öffentlichen Auftreten der Bundeswehr hoffnungslos unterlegen. Und es ist zu erwarten, dass mit dem Ende der Wehrpflicht -Ende März 2011- das Werben der Bundeswehr um Soldaten und Einsatzkräfte zunehmen wird, für eine Freiwilligen Armee, die welt-weit nach den verteidigungspolitischen Richtlinien (Weißbuch der Bundeswehr von 2006) eingesetzt wird: Zur Sicherung der Rohstoffe und Wege, des freien Welthandels, der Abschottung der europäischen Außengrenzen für Migranten. Die Bundeswehr wird von einer Verteidigungs - zu einer Angriffsarmee und dies grundgesetzwidrig! Die Militarisierung unserer Gesellschaft schreitet fort, der Krieg gehört zum bundesdeutschen Alltag!

Wir werden auch in neuen Jahr diese Entwicklung kritisch verfolgen und aktiv mit andern Friedensgruppen bei der Kampagne: Bundeswehr raus aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Schulen mitarbeiten. Wir bitten alle Mitglieder unserer Bewegung um aktive Mitarbeit.

Wir können und wollen uns nicht damit abfinden, dass diese militaristische Entwicklung auch zukünftig widerspruchslos unseren Alltag bestimmt. Die Militarisierung wird uns auch im neuen Jahr immer wieder beschäftigen.

Wir glauben an die weihnachtliche Botschaft von Nazareth und werden mit Blick auf diese Botschaft handeln.

In diesem Sinne

pax christi

Egbert Wisser

## Berichte und Hinweise

Am **1. September** rief in Saarbrücken und Völklingen das FriedensNetz Saar unter Mitwirkung von Pax Christi zu einer Unterschriftensammlung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf. 150 Unterschriften wurden gesammelt. Weitere Veranstaltungen unter Beteiligung von pax christi Saar waren die Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus im Schillerpark in Völklingen durch Eugen Roth, den Landesvorsitzenden des DGB Saar. Anschließend war eine Veranstaltung im Naturfreundehaus Völklingen, auf der Waltraud Andruet die Entstehungsgeschichte von pax christi und gegenwärtige Schwerpunkte vorstellen konnte.

Am 03.09. fand ein Gespräch mit dem Bildungsminister zum Thema Bundeswehr an Schulen statt. Presse in .Die für den gleichen Tag geplante Podiumsdiskussion in Saarlouis zum Thema "Öffentliche Gelöbnisse" fand wegen der Absage der Parteien nicht statt

Die **Koblenzer pax christi Gruppe** ist weiterhin im Thema Arbeitslosigkeit engagiert. Zusammen mit anderen Organisationen wurde die zweite Ausgabe von **Klartext: Koblenz von unten** herausgegeben. Diese Broschüre wird ergänzt durch die **Wanderausstellung** der Arbeitsgruppe „Kinderarmut in Koblenz „**Der Armut ein Gesicht geben**“. Der Abschluss der Ausstellung wurde in dem Heft „Koblenz in der Zwangsjacke – Armut wird verwaltet, Großprojekte treiben in die Schuldenfalle“ dokumentiert. Vergleiche zu diesem Engagement auch den Vortrag von Heri Böttcher bei der Gewerkschaft am 12.11. 2010.

Die pax-christi-Gruppe in Wittlich war mit anderen kirchlichen Trägern an den dortigen Veranstaltungen in der „FaireWoche“ engagiert. Am 15.09. referiert Dr. Sabine Ferenschild mit dem Thema „Die Krise der Wirtschaft verstehen und am 22.09. schloss sich Gisela Bhatti von Oikocredit mit dem Thema „Geld anlegen mit sozialer Verantwortung“ an. Zwischen den zwei Veranstaltungen wurde am 19. 09. zum meditativem Abendgottesdienst unter dem Thema „Geld regiert die Welt – Wer regiert das Geld“ eingeladen.

**Der Saarländische Flüchtlingsrat** führte im Rahmen der Interkulturellen Woche, deren Motto „Mit Diskriminierung macht man keinen Staat“ lautete, am 01.10.10 ein Pressegespräch mit Peter Nobert vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates und Arthur Biesalski vom Ökumenischen Netzwerk Rhein, Mosel, Saar durch. Im Mittelpunkt stand dabei die aktuelle Situation der Flüchtlinge im Lager Lebach. Es wurde gefragt, was wurde seit der Anhörung im Saarländischen Landtag (27.05.2010) seitens der Landesregierung getan? Wird es für die rund 830 Flüchtlinge konkrete Verbesserungen geben oder soll doch alles beim Alten bleiben?

„**Land unter. Klimawandel in Bangladesch**“ hieß die gemeinsame Veranstaltung des Sozialforums Koblenz, von pax christi und der KHG Koblenz am 16.11.2010. Referent war der Journalist Gerhard Klas aus Köln. Vergleiche unten.

In der Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken, fand am 26.11 die Veranstaltung „**Fair Teilen statt Sozial Spalten ...**“ im Rahmen des Ökumenisches Sozial- und Wirtschaftsforums Saar statt. Die Referenten waren: Ulrich Duchrow, Heidelberg, Professor für systematische Theologie; Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigshafen, Professor für christliche Gesellschaftsethik; Heribert Böttcher, Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar. Mit vielen anderen hatte auch pax christi Saar eingeladen.

**Arzt und Abschiebepaxis:** Anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember organisierte der Saarländische Flüchtlingsrat zwei Tage vorher eine Pressekonferenz, in der es um die Unmenschlichkeit der hiesigen Abschiebepaxis ging. Dabei dokumentierte er einen konkreten Fall, wie mit Abschiebungen auch noch Geld verdient werden kann. Es geht um einen Arzt aus dem Saarland, der zum Beispiel im Auftrag der Bremer Ausländerbehörde an Abschiebungen von Flüchtlingen beteiligt war, in dem er die Reisefähigkeit von Flüchtlingen feststellte, die von anderen Ärzten als nicht reisefähig eingestuft wurden. Diese Information des Flüchtlingsrates wurde von CDU und FDP heftig kritisiert.

**Abschiebegefängnis Ingelheim:** Am 10.12.2010, dem „Tag der Menschenrechte“: fand in Ingelheim unter Beteiligung des Saarländischen Flüchtlingsrates eine Kundgebung gegen das dortige Abschiebegefängnis statt. In seiner Rede forderte der Vertreter des Flüchtlingsrates das Schließen dieser Einrichtung. Er sagte: „Es ist seit rund 10 Jahren aus trauriger Notwendigkeit zur Tradition geworden, uns immer und immer wieder vor dieser Stätte der Unmenschlichkeit zu versammeln und unseren Protest und unser Nein gegen dieses Hochsicherheits-Gefängnis zum Ausdruck zu bringen. ... **Wenn wir heute hier protestieren, dann sagen wir auch klar und deutlich: Es geht uns eben NICHT um eine pädagogische Verbesserung der Abschiebehaft. Die Abschiebehaft als solche ist ein menschenverachtender Irrsinn, der nur in kranken Bürokratengehirnen gedeihen kann. Sie muss weg, GANZ weg.**“ **Pro Asyl und der Interkulturelle Rat in Deutschland hatten Ende August** anlässlich des Gedenktages für die Toten in Abschiebehaft die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern aufgefordert, die Abschiebehaft grundsätzlich neu zu regeln und drastisch zu reduzieren.

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und das **Sozialforum Trier** haben mit anderen Organisationen zu verschiedenen Filmen im Agendakino eingeladen, darunter: Let's make money; Kapitalismus: Eine

Liebesgeschichte von Michael Moore; Der Aufstand der Würde; Der Geist des Geldes.

Am 8. Febr. 2011 ist in Wittlich ein Vortrags- und Gesprächsabend mit den Referenten Dechant Rudolf Halffmann und Imam Mehmet Yeni zum Thema „**Feste im Jahresablauf bei Christen und Muslimen**“ geplant. Vgl. unten

Das **Wirtschaftsseminar 2011** findet vom **01. - 03. April in Kyllburg** statt. Die Ausschreibung erfolgt rechtzeitig.

## **Klimawandel schmeckt auch salzig**

Als „völlig unzureichend“ kritisieren die Teilnehmer der Bistumsversammlung von Pax Christi in der Villa Reverchon in Trier die Beschlüsse der Bundesregierung, vor allem das Energiekonzept, in Bezug auf den Klimawandel. *Von Christine Cüppers, zuerst erschienen im Paulinus vom 17.10.10. Des Weiteren folgen der Briefwechsel mit dem Bundeskanzleramt nebst Kommentierung, ein Bericht des Journalisten Gerhard Klas und Auszüge aus dem Nachtgebet.*

Trier. 80 Prozent von Bangladesch sind Schwemmland. Hochwasser ist deshalb für die 140 Millionen Menschen in dem Gebiet, das etwa doppelt so groß ist wie Bayern, keine Besonderheit. Von Jahrhundertflut reden die Einwohner aber erst, wenn 50 Prozent ihres Landes zwei Meter unter Wasser stehen. Das passiert alle drei Jahre, 2007 gar zweimal. Am Beispiel des dicht besiedelten Landes, das zugleich eines der ärmsten der Welt ist, stellte Nicole Piepenbrink, Klimareferentin beim Hilfswerk Misereor, die spürbaren Folgen des Klimawandels vor.

Bewusst habe der Vorstand ein Land in der dritten Welt ausgesucht, erklärte Öffentlichkeitsreferent Albert Hohmann in seiner Einführung zum Studientag im Rahmen der Bistumsversammlung. Pax Christi wolle aufzeigen, was „unser Verhalten für Auswirkungen in den ärmeren Ländern hat“. Denn vor allem die Armen treffen die Folgen hart, wie der Film „Global, aber gerecht“ zeigte. Klimaschutz und Armutsbekämpfung müssten daher Hand in Hand gehen und seien zentrale Aufgaben der Industrie- und Schwellenländer, betonte Nicole Piepenbrink.

In Bangladesch sei auffallend, dass geophysikalische Ereignisse wie Vulkane und Erdbeben seit Jahren zahlenmäßig konstant blieben. Zugenommen haben jedoch die Katastrophen durch Stürme und Überschwemmungen. „Klimawandel schmeckt bei uns salzig“, zitierte die Referentin einen Landwirt. Drei Viertel des Landes liegen nur zwei Meter über dem Meeresspiegel. Da wird jeder Anstieg zum Problem, zumal die Menschen nirgendwohin flüchten könnten. Jeder Einzelne steht in der Pflicht. „Wir sind in der Pflicht“, betonte Nicole Piepenbrink. Es genüge nicht, dass die reichen Länder „im Süden Pflaster auf die Wunden kleben, die sie verursacht haben“. Und auch mit Geld allein sei es nicht getan. Vielmehr habe jeder Einzelne die Verpflichtung, seinen Beitrag zu „Max 2“

zu leisten und Sorge zu tragen, dass der weltweite Temperaturanstieg die zwei Grad nicht übersteige. Höchstens zwei Tonnen Treibhausgas-Ausstoß pro Person sei eine weitere Forderung. „Ein Problem für Deutschland, denn hier beträgt die Menge derzeit elf Tonnen“, rechnete die Misereor-Referentin vor.

Im Anschluss an die Diskussion zum Thema Klimawandel und seine Folgen erörterten die Teilnehmer ein Papier zur Arbeit in Nahost, das bei der Delegiertenversammlung in Fulda verabschiedet werden soll. Hierbei gehe es den Vertretern aus dem Bistum Trier besonders darum, einen adäquaten Tonfall zu finden, in dem Deutschland auch Israel zum Einhalten der Menschenrechte auffordern könne.

### **Unsere Kritik an der Bundesregierung**

*Misereor, deren Referentin Nicole Piepenbrink uns über die Bedrohungen der Bevölkerung in Bangladesch informierte, fordert die Besucher der Web-Seite auf: „Erinnern Sie die Bundesregierung daran, dass sie noch Hausaufgaben im Klimaschutz zu erledigen hat, die keinen Aufschub dulden.“ Das haben wir nach der Versammlung getan und den folgenden Brief an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben:*

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

im Studienteil unserer Bistumsversammlung haben wir uns mit dem „Klimawandel - am Beispiel von Bangladesch“ beschäftigt. Es ging um die Auswirkungen des Klimawandels auf eins der ärmsten Länder der Erde. Mit Erschrecken mussten wir feststellen, dass dieses dicht besiedelte - über 4000 Menschen pro qkm – Land durch den Klimawandel etwa 30% seines Landes an das Meer verlieren wird. Ohne alle anderen Folgen wie Hochwasser, andere Naturkatastrophen und Krankheiten ist das ein kaum vorstellbares Szenario.

Gestern haben Sie nun das Energiekonzept Ihrer Regierung verabschiedet. Angesichts der benannten, aber auch anderer Erwartungen für gerade die ärmsten Länder dieser Erde stellen wir fest, dass die Umweltpolitik Ihrer Regierung ganz und gar nicht den Ansprüchen genügt, solche Katastrophen zu vermeiden. Insbesondere gilt das für das beschlossene Energiekonzept der Regierung, das ohne Notwendigkeit Großanlagen (Atom; Kohle) stützt. Neben allen anderen öffentlich diskutierten Gesichtspunkten sollte es allen bewusst sein, dass aus wirtschaftlichen Gründen – Großkraftwerke kann man nicht so schnell abschalten – im Zweifelsfall regenerative(z.B. Windkraft) Energien vom Netz genommen werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, wie auf diese Weise ein Umbau der regenerativen Energien vorangetrieben werden kann. Sie bleiben erheblich hinter Ihren eigenen Ansprüchen im Kampf gegen den Klimawandel zurück. Wir erwarten, dass angesichts der drohenden Szenarien die gesamte Wirtschaftspolitik an der Erhaltung unseres Lebensraums

orientiert wird und nicht durch andere Optionen wie bei der Energiekonzeption konterkariert wird.

Wir möchten auf die Entwicklungspolitik als zweites Politikfeld hinweisen. Nach Berichten haben Sie am Dienstag vergangener Woche für eine stärkere Verantwortung der Regierungen der Entwicklungsländer plädiert. Gleichzeitig findet in der Regierung ein Gerangel um das Einhalten von Versprechen hinsichtlich der Hilfszusagen und der eigenen Verantwortlichkeit der armen Länder statt – ihre Verantwortung ist unstrittig, aber im Munde der Industriestaaten ist der Hinweis zynisch. Gerade in der Verantwortung der EU und anderer Industriestaaten werden die Lebensgrundlagen in den Ländern des Südens zerstört und klimafreundliche Vorsorge missachtet. Weder durch die gängige Wirtschaftspolitik noch Entwicklungspolitik der Selbstgenügsamkeit werden die Grundbedürfnisse der Menschen und noch weniger ihre zukünftigen Lebenschancen gefördert werden.

Wir sind davon überzeugt, dass ohne einen grundlegenden Wandel in der Ökonomie weder die hochgehaltene Mantra von der Schaffung von Arbeitsplätzen weltweit noch die Erhaltung unseres Lebensraums Erde möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen Albert Hohmann (Öffentlichkeitsreferent)

*Noch einmal eine knappe Kennzeichnung der Situation mit Misereor:* „Der Klimawandel trifft diejenigen am stärksten, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben: die armen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Während unser energie- und ressourcenintensiver Lebensstil eine der Hauptursachen für den Klimawandel darstellt, sind seine Folgen heute vor allem im Süden zu spüren. Extreme Wetterereignisse wie Überflutungen und Stürme nehmen an Stärke und Häufigkeit zu, während andernorts in ohnehin trockenen Regionen der Regen ausbleibt. Für Menschen, die sich nicht durch Vorräte, Ersparnisse oder Versicherungen über solche Katastrophen retten können, bedeuten solche Krisensituationen Hunger und Not. Gerade arme Entwicklungsländer haben weniger Möglichkeiten als reiche Länder, mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden oder sie durch Schutz- und Anpassungsmaßnahmen zu mildern. Der Klimawandel wird damit zu einer Gerechtigkeitsfrage zwischen Nord und Süd und geht weit über eine Umweltproblematik hinaus.“

*Und zur Kennzeichnung des geographischen Raums von Bangladesch heißt es dann weiter:* Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze und Ernterückgänge sind direkte Folgen des Klimawandels in Asien. In der Landwirtschaft werden die Reis- und Weizenernten durch die veränderte Klimabedingungen regional drastisch einbrechen. Rund die Hälfte der Bevölkerung Asiens lebt in Küstennähe und ist daher vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Die Gletscher des Himalajas speisen sieben der

großen Flüsse Asiens mit Süßwasser und sind damit überlebenswichtig für 1,3 Milliarden Menschen in Asien. Ein vollständiges Abschmelzen hätte unabsehbaren Folgen für die Trinkwasserversorgung der Menschen.“

*Auf unseren Brief an Frau Merkel haben wir eine Antwort vom Abteilungsleiter des Kanzleramtes für Nord-Süd-Fragen, Mario Sander von Torklus, erhalten. Daraus folgen einige Auszüge: ...*“In ihrem Schreiben kritisieren Sie das Energiekonzept der Bundesregierung. Die von Ihnen vorgebrachte Argumentation bezieht sich besonders auf die mangelnde Bekämpfung des Klimawandels. Dabei stellen sie richtig fest, dass die Industriestaaten eine besondere Verantwortung für die Klimapolitik tragen. Diese Verantwortung wird auch von der Bundesregierung anerkannt und durch eine wirksame Klimaschutzpolitik umgesetzt. Mit dem neuen Energiekonzept stellt die Bundesregierung die Weichen für den Aufbruch in das Zeitalter der regenerativen Energien und formuliert Leitlinien für eine zuverlässige und umweltschonende Energieversorgung.“

„Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu senken. Damit folgt sie der Empfehlung des Weltklimarates und leistet ihren Beitrag zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels. Um die gefährlichsten Folgen des Klimawandels – der bereits heute stattfindet – zu vermeiden, muss die Erderwärmung auf maximal 2 Grad C im Vergleich zum vor industriellen Niveau begrenzt werden.“ *Des Weiteren verweist er auf eine Einladung von Mexico und Deutschland zu einer Konferenz der Umweltminister im Mai 2010 und der Fortschreibung der Haushaltsmittel für die Entwicklungshilfe im Jahr 2011* **“ auf dem hohen Niveau von 2011“**.

*Letztere Ausführung müsste an anderer Stelle kommentiert werden, da auch die Bundesrepublik ihre Verpflichtung, 0,7 % des Bruttoinlandproduktes zur Verfügung zu stellen, weit verfehlt.*

*Auf unsere Kritik an der Bevorzugung von Großtechnologien, nicht zuletzt an der Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke, geht die Antwort nicht ein. Wenn Mitglieder der Bundesregierung immer wieder preisen, dass jetzt auch ein zeitliches Umsetzungsziel für die Umstellung auf erneuerbare Energie benannt wird, fehlt die selbstkritische Betrachtung hinsichtlich des beschränkten Ziels (80% erneuerbare Energie bis 2050) als auch der kontra indizierten Umsetzungsmethode mit Hilfe von eben der Atom- und Kohlekraftwerke. Vergleiche dazu die andere Position etwa von greenpeace in folgender knappen Zusammenfassung:*

„Erdgas ist der einzige konventionelle Energieträger, der als Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien noch gebraucht wird. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Wuppertaler Instituts im Auftrag von Greenpeace. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und der Neubau von Kohlekraftwerken erhöhen nicht nur das Risikopotential dieser Technologien, sie gefährden auch massiv den zukunftsfähigen Umbau der Energieversorgung in Deutschland. Greenpeace fordert von der Bundesre-

gierung ein Energiekonzept, das einen verstärkten Einsatz von Erdgas in Kraft-Wärme-Kopplung, eine Laufzeitverkürzung für Atomkraftwerke bis 2015 und einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 vorsieht.“

## **Eine Odyssee in Zeiten des Klimawandels**

Autor: Gerhard Klas, Rheinisches JournalistInnenbüro, Redaktion: Egbert Wisser

Wer sich Ende des Jahres, also normalerweise nach der Regenzeit, Dhaka vom Landweg aus nähert, überquert unzählige Flüsse und kommt vorbei an saftig-grünen Feldern. Bangladesch ist ein fruchtbares Land. Erst im unmittelbaren Umkreis der Millionenmetropole säumen immer mehr Ziegelbrennereien die Straße. Aus den bis zu 50 Meter hohen Schornsteinen quillt weißer und grauer, manchmal auch schwarzer Rauch. Diese Ziegelbrennereien sind die größten Treibhausgasemittenten in Bangladesch. Im internationalen Vergleich ist der Pro-Kopf-Ausstoß allerdings zu vernachlässigen: Weniger als 0,5 Tonnen pro Jahr, in Westeuropa sind es 15, in den USA gar 20 Tonnen.

Bangladesch ist doppelt so groß wie Bayern und zählt knapp 160 Millionen Einwohner. Es ist der am dichtesten besiedelte Flächenstaat und eine der Weltregionen, die am heftigsten vom Klimawandel getroffen ist: Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht große Teile der Küstenregionen im Süden, Zyklone berauben in immer kürzeren Abständen hunderttausende Menschen ihrer Existenz. Im Norden sind die alten Bauernregeln außer Kraft gesetzt. Über die Hälfte der Bewohner Bangladeschs lebt von der Landwirtschaft und niemand kann mehr einschätzen, wann Monsun und Überschwemmung kommen, wie lange sie bleiben und wie stark und hoch sie sein werden.

Sardarghat heißt der große Binnenhafen Dakhas am Buriganga Fluss. Morgens, wenn die großen Fähren aus dem Süden anlanden, herrscht großes Gedränge. Auf dem Kai tummeln sich neben den Ankömmlingen Früchte- und Gemüsehändler, Tee- und Lotteriescheinverkäufer, Betreiber kleiner Garküchen, Hühner, Gänse und Ziegen. Manche der Fähren sind halbe Wracks, halten sich gerade so über Wasser, und kommen trotzdem völlig überladen an. Es ist das günstigste Verkehrsmittel und wird auch von denen genutzt, die in Dhaka ein neues Leben anfangen wollen: Nach offiziellen Angaben sind es täglich 2000 Menschen. *Die meisten kommen, weil sie wegen der Auswirkungen des Klimawandels ihre Existenzgrundlage verloren haben.*

„Eine der Tragödien des Klimawandels: Er trifft besonders die Armen“, sagt Atiq Rahman, Klimaexperte aus Bangladesch. Sie hätten keine Möglichkeit, sich zu schützen – etwa indem sie in stabilere Steinhäuser umziehen. Es fehlt ihnen an Geld, und in Bangladesch lebt die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Wenn um fünf Uhr morgens der Muezzin ruft, erwacht die 12 Millionen-Einwohner-Stadt zu hektischem Leben. Es ist auch das Ende der Nachtruhe für die vielen Obdachlosen, die sich an Straßenrändern und

Nischen erst gegen Mitternacht zum Schlafen legen konnten, weil tagsüber dort kein Platz ist. Flink packen sie ihr bescheidenes Hab und Gut zusammen, oft nicht mehr als eine Decke, Blechtöpfe oder ein Werkzeug, das sie als Tagelöhner auf einer der unzähligen Baustellen benötigen. Viele Neuankömmlinge sind darunter. Sie haben noch keine Bleibe im Süden Dhakas gefunden, wo sich die meisten Slums befinden. Die Armenviertel südlich des Buriganga Flusses, der die Stadt in zwei Hälften teilt, nennen die Bewohner Dhakas auch „Asien“.

Die wohlhabenderen Quartiere im Norden nennen sie „Europa“. Die Hochhäuser sind massiv gebaut, viele mit Aufzug und einem großen Parkplatz im Untergeschoss. Als besonderes Statussymbol gelten große Geländewagen mit Vierradantrieb, die Tag für Tag die Straßen verstopfen. In einem solchen Viertel lebt und arbeitet auch Atiq Rahman. Er hat graue, volle Haare und trägt einen Maßanzug. Auch er wird von seinem Chauffeur in einem Geländewagen von einem zum anderen Treffen gefahren, denn er hat viel zu tun: Er ist einer der mehreren hundert Wissenschaftler, die den Weltklimabericht der Vereinten Nationen von 2007 erarbeitet haben und berät seine Regierung in Klimafragen. Für die tief greifenden klimatischen Veränderungen macht er den durch die Industrieländer verursachten Klimawandel verantwortlich. „Immer mehr Menschen verlieren ihre Heimat, ihre Häuser, ihr Land, ihr ganzes Hab und Gut“. Schätzungsweise gibt es bereits heute etwa eine Million Klimaflüchtlinge in Bangladesch – bei einer durchschnittlichen Erwärmung des Weltklimas von weniger als einem Grad Celsius. „Aber“, warnt Rahman, „im Süden Bangladeschs steigt der Meeresspiegel, und unglücklicherweise kommen viele Studien zu den arktischen Regionen zu dem Ergebnis, dass das Eis viel schneller schmilzt als im Bericht des Weltklimarates dargestellt.“ Möglicherweise könnten dann schon Mitte dieses Jahrhunderts 17 Prozent der Landmasse Bangladeschs unter Wasser stehen. „Mindestens 18 Millionen Menschen werden dann wegen des ansteigenden Salzwassers verdrängt werden“, so Rahman.

Die meisten von ihnen werden nach Dhaka kommen wollen, denn der geschäftigen Stadt eilt der Ruf voraus, dass es dort gut bezahlte Arbeit gebe. Dabei platzt die 12-Millionen-Metropole schon jetzt aus allen Nähten. Zum Freitagsgebet etwa fassen selbst die vielen hundert Moscheen Dhakas nicht alle Gläubigen. Deshalb wird gegen Mittag die Mirpur-Road, eine der wichtigsten Hauptstrassen, einspurig gesperrt. In langen Reihen knien dann die Gläubigen auf ihren Teppichen, beschallt von großen Lautsprechern, und verrichten ihr Gebet auf der Strasse.

Auch Jahangir Alam geht in die Moschee - wenn er Zeit hat. Wie achtzig Prozent seiner Mitbürger ist er Muslim. Er lebt in Muhammadpur, einem Stadtteil im westlichen Zentrum Dhakas. Je weiter man sich dem Buriganga-Fluss mit seinem stinkenden, schwarzen Wasser nähert, umso ärmlicher sind die Behausungen. Bosila ist der Name des Slum-Clusters, in

dem außer Jahangir Alam und seiner Frau Farida noch etwa 500 Familien leben.

Sie sind Neuankömmlinge und haben es immerhin besser getroffen als diejenigen, die auf Gehsteigen und an Straßenrändern übernachten müssen. Aber im Gegensatz zu den anderen Hütten des Slums, die zum Schutz vor dem alljährlichen Hochwasser auf Holzstelzen stehen, hausen die beiden auf einer sechs Quadratmeter-Fläche direkt am Boden, die nur notdürftig mit einer Plastikplane überdacht ist. Ihre Habe besteht aus ein paar Decken, zwei Plastikemern für den Wasservorrat, einem Korb und einigen Blechbehältern.

Ihre zwölf-jährige Tochter haben sie nach Gazipur, eine Stadt nördlich von Dhaka, verheiratet, denn sie finden, dass ihre neue Bleibe zu gefährlich ist. Weil das Geld nicht ausreicht, haben sie die beiden jüngeren Söhne zum Arbeiten geschickt: Der eine hat auf einer großen Fähre als Hilfskraft angeheuert, der andere in einem Gemüseladen in Gazipur. Geld verdienen sie dort nicht, bekommen nur freie Kost und Logis. Nur alle drei bis vier Monate haben Farida und Jahangir Alam Gelegenheit, ihre Kinder zu sehen. In ihrer alten Heimat auf der Halbinsel Bhola im Mündungsdelta des gigantischen Meghna-Flusses gingen die Kinder zur Schule und lebten bei ihren Eltern.

„Vor zwanzig Jahren habe ich mein erstes Haus verloren, damals habe ich als Fischer gearbeitet“, erzählt Jahangir Alam, „dann, drei Jahre später, hat der Fluss mein zweites Haus weggespült, und vor sieben Monaten schließlich mein Drittes“. Schon auf Bhola hatte er nach dem Verlust des zweiten Hauses angefangen, sein Geld mit einer Fahrradrikscha zu verdienen. Auch in Dhaka tritt er in die Pedale, um den Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Das ist harte Arbeit: Die dreirädrigen Gefährte haben eigentlich eine Sitzfläche für zwei Passagiere. Aber manchmal fahren ganze Familien mit einer Rikscha. Dann muss der hagere Jahangir Alam sich regelrecht verausgaben, um vorwärts zu kommen. Zwar verdient er mit seiner Arbeit in Dhaka etwas mehr als auf der Halbinsel, aber das Leben ist auch viel teurer. „In Dhaka muss man alles kaufen – z.B. Wasser, aber in Bhola musste man nichts bezahlen, weder fürs Wasser, noch für das Land, auf dem man lebte; fast alles war kostenlos“ erinnert sich Alam. Die vielen Menschen und die Enge Dhakas sind ihm unbehaglich. Und auch die langen Wege über staubige Straßen und durch dichten Smog. „Um zu dem Stadtteil zu kommen, wo ich arbeite, brauche ich manchmal zwei Stunden“. Im Sommer ist es oft unerträglich heiß, es weht keine frische Meeresbrise wie auf der Halbinsel. „Wenn ich die Rikscha trete, schwitze ich wie verrückt - das ist mir auf Bhola nie passiert“, so Alam.

Intimsphäre gibt es im Slum nicht. Die nächsten Latrinen sind einen halben Kilometer entfernt. „Tagsüber ist das vor allem für meine Frau ein Problem, nachts gehen wir einfach raus und verrichten unser Geschäft“, sagt Alam. Mitten in Bosila brummt ein Kraftwerk, aber der Strom ist für die weiter entfernt gelegenen Gebäudekomplexe der Mittelschicht. Im Slum

läuft alles über Batterie, manchmal auch über kleine Generatoren. Für seine kleine Hütte muss Jahangir Alam monatlich 400 Taka – das ist die Währung Bangladeschs – zahlen. Außerdem verlangt der Vermieter des Grundstücks 100 Taka für die Benutzung des ein Kilometer entfernten Brunnens, aus dem Farida täglich das Wasser holen muss. Und noch mal 100 Taka für die Nutzung der Latrinen. Macht umgerechnet etwa 10 Euro. Viel Geld für Jahangir Alam. Aber auch dieser Platz ist bedroht. „Der Landbesitzer will hier Häuser bauen, dann müssen wir unsere kleine Hütte räumen“.

Manchmal geht Jahangir Alam in die Teestube an der Hauptstrasse. Ununterbrochen läuft hier ein Fernseher, der immer wieder von den lauten Motoren der vorbeifahrenden LKW's übertönt wird. Wenn er sich hier mit Nachbarn und Kollegen unterhalten will, müssen sie sich fast anschreien, um die ohrenbetäubende Geräuschkulisse zu übertönen.

„Es gibt immer mehr Autos und Busse in Dhaka, sie verstopfen die Straßen“, beschwert sich Alam. Bisweilen werden die „Herren der Straße“ auch handgreiflich. „Wenn die Autofahrer denken, wir hätten etwas falsch gemacht – zum Beispiel zu spät ein Zeichen gesetzt, steigen sie manchmal aus und verprügeln uns.“ Alam fürchtet Schlimmes: „Bald wird Dhaka so voll mit Autos sein, dass es keinen Platz mehr gibt für uns Rikscha-Fahrer.“ Unberechtigt ist seine Sorge nicht: Bereits seit Ende der 90er Jahre fördert die Weltbank ein Projekt zur Entwicklung des Verkehrssystems in Dhaka. Obwohl 80 Prozent der Bewohner sich zu Fuß oder per Fahrradrickscha in der Stadt bewegen, soll der Verkehr autogerecht ausgebaut werden. Ausgerechnet für die umweltfreundlichen Rikschas wurde auf wichtigen Hauptstraßen Dhakas ein Fahrverbot verhängt.

Die Folge: Neben einer stärkeren Umweltbelastung durch Abgase hat sich das durchschnittliche Einkommen für Rikscha-Fahrer um mehr als 30 Prozent verringert. „No fuel and many jobs: Sustainable Transport – kein Benzin und viele Arbeitsplätze: Das ist nachhaltiger Transport“ lautet das Motto, mit dem eine Nichtregierungsorganisation die Rikscha-Fahrer rehabilitieren will. Aussicht auf Erfolg hat diese Initiative kaum, denn die Lobby der wohlhabenden Autofahrer, die Konsumversprechen der Werbeindustrie und die Gewinnerwartungen der Autokonzerne bestimmen die Politik – mit tatkräftiger Unterstützung der Weltbank, europäischer und US-amerikanischer staatlicher „Entwicklungshilfe“.

Vor der Behausung von Jahangir Alam und seiner Frau Farida schnattern ein paar Gänse. Kinder spielen und schreien, ein Nachbar zerhackt ein altes Möbelstück, damit er es verfeuern kann. Es riecht nach behandeltem Holz und verbranntem Plastik. Jahangir Alam sehnt sich nach seinem alten Zuhause zurück. Obwohl er weder lesen noch schreiben kann, weiß er, wer an seiner Odyssee schuld ist.

„Wegen der Industrie und der vielen Autos wird das Klima heißer, deshalb wird die Strömung stärker, deshalb verschwindet unser Land“, so Alam. Er will wieder zu seinen Verwandten und Freunden nach Bhola zurück. „Wir

wollten dieses Opfer nicht auf uns nehmen, wir wollten auf unserer Insel bleiben.“

Für Jahangir Alam und viele andere ist Dhaka Endstation. Die Odyssee fortzusetzen, etwa mit einer Flucht ins nahe gelegene Indien, ist im Vergleich zu früher lebensgefährlich geworden. Denn die indischen Grenzbeamten schießen scharf, wenn sie jemanden sehen, der über die grüne Grenze will. Außerdem hat die indische Regierung seit einigen Jahren die Zäune unter Starkstrom stellen lassen. „An der Grenze erschossen“, heißt es regelmäßig in den Zeitungen Bangladeschs. Es passiert so häufig, dass es den Redaktionen meistens nur noch eine Kurzmeldung wert ist.

## **Afghanistan – ein Drama ohne Ende?**

Auch wenn in der Politik und Medien vom Erfolg militärischer Offensiven gesprochen wird, bleibt das Drama in und um Afghanistan ungelöst. Eine Reihe mit zwei Vorträgen und dem Stück der Berliner Compagnie der AGF (Arbeitsgemeinschaft Frieden) unter Beteiligung von pax christi machte erneut darauf aufmerksam.

Am 20.10. referierte der Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki mit dem Thema „Um was geht es in Afghanistan wirklich?“. Wichtig war, noch einmal die verquere Ausgangssituation mit ihren geostrategischen Implikationen vor Augen geführt zu bekommen (Brzezinski). Matin Baraki plädiert für einen Neuanfang auf der Basis afghanischer Strukturen, Schutztruppen aus muslimischen Ländern und großzügiger Finanzierung durch die Länder der bisherigen Schutztruppen.

Daran schloss sich am 04.11. der Journalist Andreas Zumach aus Genf mit dem Referat „Wege aus dem Krieg in Afghanistan!“ an. Wichtige Aspekte für eine Beendigung des Krieges sind: den Krieg deeskalieren durch Einstellung der Luftangriffe einschließlich des Drohneneinsatzes (wohl bis zu 1800 Personen wurden durch sie getötet, davon etwa ein Drittel Zivilisten), wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben durch Unterbindung der durch Drogen entstandenen Kriegsökonomie (Legalisierung) und dezentrale Entwicklungshilfe, Einbindung der Landesstrukturen.

Am 18.11. schloss sich die Berliner Compagnie mit "Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch", an. Ihr gelang es auf eindrucksvolle Weise, den weltpolitischen Zusammenhang mit den Lebenssituationen von einzelnen Menschen zu verbinden. Im Rahmen einer Familiengeschichte wurden sowohl die Gegebenheiten des Landes (Islam, Eheschließung) wie auch die Kriegsfolgen mit Zerstörung, Tod, Flucht, Überlebensstrategien, Flüchtlingslager bis hin zur Rekrutierung durch die Taliban aufgezeigt.

Wenn in diesem Stück noch einmal sehr konkret die Folgen des Kampfes in und um Afghanistan aufgezeigt werden, so kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass im Rahmen friedenspolitischer Darstellungen

die fatalen Weichenstellungen und negativen Folgen hinreichend oft dargestellt worden sind. Die öffentlich verhandelten Optionen und Strategien erwecken eher den Eindruck, dass sie aus Ratlosigkeit weiterverfolgt werden. Weder der analytische Rückblick (Was haben wir da gemacht?) noch die Veränderung des Vorgehens (Wie müssen wir ansetzen?) werden konsequent verhandelt. Heraus kommt ein „weiter so“, dass oft gegenläufige Nachweise ignoriert, wie man am Beispiel der zivilen Entwicklungshilfe nachvollziehen kann. Während die Regierung (besonders der Entwicklungsminister) die zivil-militärische Kooperation vorantreibt, zeigen zum Beispiel die Projekte von Annette und Rainer Erös, dass es völlig, sogar besser ohne die gepriesene militärische Beschützerrolle geht. Diese Erfahrungen aber auch der Blick auf die Opfer (vergleiche unten) lassen nur einen Schluss zu, nämlich Umsteuern und den Krieg beenden. In der öffentlichen Argumentation kommen die Opfer in der Regel nur nach einem Desaster wie im September 2009 oder nach dem Tod deutscher Soldaten zur Sprache. Nach neun Jahren Kampf in Afghanistan nehmen sich inzwischen die Medien verstärkt des Themas der Folgen dieser Einsätze in Deutschland an – der Ängste in den Familien, der Trauer, der Traumata.

Der ehemalige Oberstleutnant Andreas Timmermann-Levanas hat die Fürsorge für die verletzten und traumatisierten Soldaten zu seiner Aufgabe gemacht; er gründete die „Deutsche Kriegsoferfürsorge“. Er geht davon aus, dass es „nach seriösen wissenschaftlichen Schätzungen es bei uns 20.000 traumatisierte Soldaten gibt“. Offenkundig ist, dass die Zahl der behandelten Soldaten steigt, aber die Möglichkeiten zur Behandlung in der Bundeswehr nicht ausreichen. Verlassen die Betroffenen die Bundeswehr klafft nach den Angaben des Oberstleutnants eine massive Versorgungslücke.

Verdeutlicht wird das im Leserbrief der Mutter eines Soldaten im Trierischen Volksfreund vom 24.11., die schreibt: „Was ist mit denen, die nach dem Erlebten nicht mehr in unserer realen Welt zurechtkommen? Die Soldaten, die dem Blitz der Granaten, den Knall, die Schreie der Kameraden, den Geruch nicht mehr aus der Nase, aus den Ohren und dem Gedächtnis bringen, die Angst haben, als nächster raus zu müssen....? Ist man in der Heimat, findet man nur schwer einen Therapeuten. Keine Termine frei, erst in sechs, acht... Monaten...Dazu die ständige Sorge um die Zukunft...“ Dabei gilt, je eher ein Trauma behandelt wird, desto besser. Auch mit Rücksicht auf die Nachkommen ist eine Therapie wichtig. „Traumata haben Auswirkungen auf nachfolgende Generationen. Man spricht von transgenerationeller Traumatisierung“, sagt Biesold. „Wir haben uns lange Zeit nicht damit auseinandergesetzt. Gerade im Alter brechen bei vielen Menschen unverarbeitete Kriegserlebnisse durch. Das erleben wir jetzt bei der Kriegskindergeneration.“ Nach erfolgreicher Behandlung will jeder dritte Soldat uneingeschränkt und jeder zweite mit Einschränkungen wieder zurück in den Militärdienst.

Im Spiegel(2010) berichtet ein Soldat, der in Therapie ist, dass er die Unruhe und Anspannung nach mehreren Auslandseinsätzen in früheren Jahren 2009 nicht mehr wieder in den Griff bekommen habe. Im Juli kehrte er von seinem dritten Einsatz am Hindukusch zurück. "Es war schon ein bisschen eigenartig. Normalerweise konnte ich mich nach Einsätzen relativ schnell in meine Familie integrieren." Doch diesmal ist es anders. "Ab Januar ging es richtig los. Stillsitzen war nicht möglich." Dazu kommen Rückenschmerzen. "Als ob ich einen 100-Kilo-Rucksack trage", sagt er. Im Job ist er unkonzentriert, hat keine Lust, mit den Kameraden zu reden. Auch seine Frau bekommt die Veränderung zu spüren. "Ich war launisch und unruhig." Fragen lässt er unbeantwortet: "Ich konnte mich nicht mit meiner Frau unterhalten. Da war eine Sperre, die gesagt hat: Nein. Es war einfach kein Antrieb da. Leere und Antriebslosigkeit."

Die Heilungschancen bei PTBS (Posttraumatisches Belastungs-Syndrom) seien hoch, sagt Zimmermann. 70 bis 80 Prozent der Patienten gehe es nach der Therapie deutlich besser. "Es ist ein Krankheitsbild wie jedes andere", sagt der Arzt. "Das kann man behandeln und das geht auch wieder weg." Sogar ein Auslandseinsatz sei nach erfolgreicher Therapie wieder möglich. Mit einer Info-Kampagne und über Vorgesetzte soll das den Soldaten vermittelt werden.

Nach dem knappen Blick auf die Situation der traumatisierten Soldaten stellt sich mir allerdings die Frage, ob der Blick auf die Behandlungsmöglichkeiten wirklich weiter hilft. Blickt man auf die Erfahrungen der USA mit ihren aus Kriegen heimgekehrten Soldaten, kann man nur erschrecken. Dazu einige Ausschnitte aus dem ZEIT KRITIKER, der Artikel aus den Vereinigten Staaten übersetzte. „Während sich die Kriege in Afghanistan und im Irak in die Länge ziehen, nehmen sich US-Soldaten auch weiterhin in beispielloser Anzahl das Leben. (Von Januar) bis Ende November 2009 haben mindestens 334 Angehörige der Streitkräfte Selbstmord (auch die Bundeswehr bleibt davon nicht verschont) begangen; im gleichen Zeitraum fielen im Afghanistan-Krieg 319 und im Irak-Krieg 150 Soldaten. Obwohl die endgültige Zahl noch nicht verfügbar ist, war die Zahl der Selbstmorde beim Militär im letzten Jahr die höchste seit Beginn der Registrierung im Jahr 1980.“ „Die Zahl der Angehörigen der Streitkräfte, die wegen eines Selbstmordversuches ins Krankenhaus kamen, war fünfmal höher als die Zahl der durch Selbstmord Gestorbenen. Die Selbstmorde bei aktiven Soldaten sind nur ein Indiz. Die alarmierendsten Zahlen sind die über die psychischen Erkrankungen unter den Hunderttausenden Veteranen der beiden Kriege, die das Militär verlassen haben und sich um eine Reintegration in das Zivilleben bemühen. Es gibt zwar keine genauen Zahlen, aber Studien schätzen, dass zwischen 20 und 30 Prozent der Veteranen an Symptomen von Post Traumatic Stress Disorder / PTSD (einer Posttraumatischen Belastungsstörung) leiden, die es ihnen erschweren, einen Job anzunehmen, Beziehungen aufrechtzuerhalten, ihre Drogenabhängigkeit

zu überwinden oder ihnen den Willen zum Weiterleben nehmen. Die sich verschlechternden Wirtschaftsbedingungen für die arbeitende Bevölkerung in den USA vergrößern ihre Schwierigkeiten.“

Die Geschichte der Folgen für die Soldaten selbst und ihre Angehörigen könnte man fortschreiben: Es geht um die Verarbeitung von Tod, Ängsten und Verlusten, um Lebensuntüchtigkeit, Aggression gegen sich selbst und andere, um häusliche Gewalt, um das Zerschneiden von Beziehungen und Familien.

Dabei können wir nur ahnen (siehe die Schätzung oben), bei wie viel Menschen unentdeckt etwas zurückbleibt, das sich irgendwann auch in ihrem Leben auswirkt. Wenn ein 90-jähriger Rentner aus einem glücklichen Ruhestand ebenfalls am 24.11. im TV schreibt, das er „keine Zeit (hatte), um traumatisiert zu sein, denn dass (vielleicht verrückte) Pflichtgefühl trieb mich wieder an die Front“, hat er den Krieg vielleicht persönlich unbeschadet überstanden, aber er verkennt den Ernst für die Betroffenen völlig.

Selbstverständlich müssen wir auch unseren Blick auf die Opfer in Afghanistan lenken. Was haben über 30 Jahre Krieg in diesem Land angerichtet: über eine Millionen Tote (Wikipedia cirka 2 Millionen), deren Zahl sich auch heute ständig erhöht und die vorrangig der Zivilbevölkerung angehören (über 2000 im Jahre 2009, die mehrheitlich den Taliban angelastet werden); noch mehr Verwundete und Verletzte, darunter unzählige Minenopfer, Millionen von Flüchtlingen, die zuhauf in Lagern gelandet sind; Unterdrückung und Terror; Vergewaltigungen; gespaltene Familien; Mangelversorgung der Bevölkerung insbesondere auch der Kranken und Verwundeten; Drogenanbau und -handel im Exzess; Kriegsökonomie und Korruption, eine Kultur der Gewalt.

In „Tausend strahlende Sonnen“ von Khaled Hosseini heißt es von einem Mädchen, das unter Trümmern des zerstörten Elternhauses hervorgezogen wurde: „Seine Mahlzeiten nahm es bald wieder unten mit Mariam und Raschid ein. Doch dann flackerten immer wieder die ungebetenen Erinnerungen auf; es verstummte und wurde reizbar. Es zog sich zurück. Zusammenbrüche. Leere Blicke. Alpträume und plötzliche Anfälle abgrundtiefer Trauer, die bis zum Erbrechen führten.“ Es kommen aber auch die Selbstvorwürfe dazu, dass es durch einen Zufall statt des Vaters überlebt hat.

Neben dieser kurzen Beschreibung einer Traumatisierung möchte ich noch den Blick auf die Gewaltkultur richten. Ein Bild mit einem afghanischen Jungen (mit Gewehr) macht diese Gewaltprägung mit einem Schlag deutlich. Ein Krieg, der sich über Jahrzehnte hinzieht, macht Gewalt zur Selbstverständlichkeit und zerstört kindliche Entwicklung. Nachwuchs für den Kampf wird gesichert.

Eindrucksvoll hat Jürgen Todenhöfer in seinem Buch „Warum tötest Du Zaid?“ von Widerstandskämpfern im Irak beschrieben, wie sie sich von Zivilisten zu Kämpfern gewandelt haben. Seite 95/96 heißt es: „An einem

sonnigen Tag im Herbst 2006 schlenderte er (Ahmad) mittags durch die fast menschenleeren Straßen von Ramadi, um etwas einzukaufen. Er ging ziemlich langsam weil es sehr heiß war. Er hatte diesen Tag frei und konnte sich Zeit lassen. Gemächlich bog er in die Ishrin-Straße, die 20 Straße, ein. Ahmad sah die amerikanischen Scharfschützen nicht, die auf den Dächern der Gebäude im Zentrum Ramadis lagen und ihn ins Visier nahmen. Er weiß nicht, warum sie auf ihn schossen. Er hatte nichts mit dem Widerstand zu tun und war dankbar für jeden Tag, an dem er unbehelligt blieb und Arbeit hatte. Mit dem wenigen Geld, das er verdiente, konnte er mithelfen, seine Familie einigermaßen über Wasser zu halten. Die Scharfschützen zielten ihm genau zwischen die Beine. Sie schossen ihm die Hoden weg und verletzten seine Genitalien schwer. ... Wochenlang lag Ahmad im Krankenhaus. Auch heute ist er noch immer in ärztlicher Behandlung, weil seine Wunden nicht heilen. ...Er wisse bis heute nicht, was die militärische Aufgabe der Scharfschützen sei. Man erzähle sich, dass sie untereinander Wetten abschließen, wer pro Tag die meisten Volltreffer schaffe. Seit seiner schweren Verletzung habe er sich dem Widerstand angeschlossen.“

Sowohl die Scharfschützen mit ihren Trefferquoten als auch der Widerstandskämpfer nach seiner Verwundung sind beredtes Zeugnis für eine Kultur der Gewalt, sinnlose Gewalt, die immer neue hervorbringt.

Neben allen anderen Kriegsfolgen machen schon die etwas ausführlicher angesprochenen Traumatisierungen und die sich selbst vermehrende Gewalt die verheerenden Auswirkungen eines Krieges überdeutlich. Angesichts dessen zeigt sich, dass jede Rede von der Notwendigkeit eines Kampfeinsatzes oder jede noch so hehre Begründung äußerst zweifelhaft ist. Eine Verherrlichung verbietet sich von selbst.

Wenn eine Regierung oder ein Parlament zu entscheiden haben, dass Soldaten in den Kampf zu schicken, sollten nicht nur die politisch oft so „wichtigen“ Argumente abgewogen werden. Immer geht es auch um Leib und Leben von Menschen, die in dem Moment der Entscheidungen ihr Gesicht nicht zeigen können. Vor einer Abstimmung sollte eigentlich jeder Abgeordnete neben der Vorlage noch mal die Geschichte eines Menschen oder einer Familie lesen, die betroffen sind. Vielleicht würde es auch helfen, sich zuvor einmal die Portraits gefallener amerikanischer Soldaten der Amerikanerin Emily Prince anzusehen, um sichtbar werden zu lassen, es geht um konkrete Menschen.

Albert Hohmann

## **Eine friedenspolitische Kampagne zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz**

*Unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Frieden wurde diese Kampagne vor den Landtagswahlen in 2011 erarbeitet. Im Folgenden ist zunächst einmal der Kampagnenaufwurf veröffentlicht. Die Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz verfolgen auf der einen Seite das Ziel, dass das Land*

*den Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr wieder beendet, auf der anderen Seite wird das Angebot des Landes nachgedacht, auch den Friedensorganisationen eine stärkere Präsenz im Unterricht zu ermöglichen. Nach dem Aufruf werden zur weiteren Information aus anderen Stellungnahmen zitiert.*

*Pax christi in der Bistumsstelle setzt sich für die Kündigung des Kooperationsvertrages ein (vgl. Egbert Wisser in der Begrüßung) und beteiligt sich an der Kampagne.*

## **Schulfrei für die Bundeswehr - Friedensbildung statt Militarisierung**

### **Deutsches Militär ist wieder im Auslandseinsatz.**

Die Bundeswehr beteiligt sich u.a. an Einsätzen in Afghanistan, Somalia, Kosovo, Libanon, Sudan und Bosnien-Herzegowina. Die Bundesregierung legitimiert diese Einsätze mit „Humanität“ und „Kampf gegen den Terror“. Die Bundeswehr schreibt jedoch selbst in ihrem Weißbuch von 2006, sie sei für den reibungslosen Verlauf von „Rohstoff- und Warenströmen“ zuständig. Diese „Zuständigkeit“ verweist darauf, dass in Zeiten knapper werdender Ressourcen und verschärfter Standortkonkurrenz die kapitalistische Wirtschaftsweise zunehmend militärisch gesichert werden soll.

Die militärische Präsenz ausländischer Mächte hat in den meisten Fällen eine Verschlechterung der Lage der Bevölkerung gebracht. In den betroffenen Staaten herrschen bürgerkriegsartige Zustände und die Zivilbevölkerung leidet - immer wieder werden aufgrund dieser Einsätze auch Zivilisten: Männer, Frauen und Kinder getötet. Aber auch die stationierten Soldaten müssen täglich um ihr Leben fürchten. Allein in Afghanistan hat der Krieg seit Beginn 43 Bundeswehrsoldaten das Leben gekostet, Tausende kehren traumatisiert zurück. Nicht zuletzt deshalb lehnt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung derartige Einsätze ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber.

Mit „Friedensbildung“ wollen wir, dass Kriegsursachen beseitigt, zivile Konfliktbearbeitung gefördert und Bildung zum Frieden gestärkt wird. Wir lehnen den Ausbau militärischer Strategien und Präsenz ab, wozu der verstärkte Einsatz des Militärs im Ausland aber auch im Innern (z.B. gegen Protestierende bei G8 Gipfel und Castortransport) gehört.

### **Werbefeldzug der Bundeswehr und Kooperationsabkommen**

Das Bundesverteidigungsministerium hat einen regelrechten Werbefeldzug zur Imageverbesserung und Rekrutierung für die Bundeswehr gestartet. Durch die faktische Abschaffung der Wehrpflicht benötigt die Bundeswehr zudem eine verstärkte Anwerbung von Zeit- und Berufssoldaten. Dazu gehört Werbung an Arbeitsagenturen über Benefizkonzerte bis zu öffentlichen Gelöbnissen und Heeresschauen, sowie Events für Jugendliche und Infotrucks auf Schulhöfen. Wichtiger Bestandteil sind Kooperationsvereinbarungen mit Kultusministerien. Mit diesen Abkommen soll die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen weiter verbessert werden. Insgesamt gibt es

94 hauptamtliche und rund 300 nebenamtliche Jugendoffiziere in Deutschland mit rund 5.000 Veranstaltungen jährlich. Wehrdienstberater führen zudem jährlich rund 13.000 Veranstaltungen durch<sup>1</sup>. 2009 wurden insgesamt 700.000 SchülerInnen durchs Militär erreicht, wie eine Kinderrechtsorganisationen kritisiert.<sup>2</sup> Für Referendare werden Seminare von Jugendoffizieren, für Schüler wird z.B. das Simulationsspiel Pol&IS (Politik & Internationale Sicherheit) angeboten - ganze Unterrichtsstunden werden von Bundeswehrsoldaten übernommen. Die Gefahr besteht, dass so die Ansichten der Bundeswehr in den Rang regulärer Lehrinhalte erhoben werden und viele SchülerInnen und Referendare nicht mehr kritisch distanziert mit den vermittelten Informationen umgehen. Für die Bundeswehr ist dies eine gute Möglichkeit ihre Sichtweise in die Schule zu tragen, ohne dass dies allen Betroffenen bewusst wird. Bisher haben sechs Bundesländer die Kooperation mit der Bundeswehr unterschrieben: Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen.

### **Wogegen richten wir uns konkret?**

Rheinland-Pfalz unterzeichnete 2010 als erstes SPD-geführtes Bundesland eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Das Abkommen verbessert und intensiviert den Zugang der Bundeswehr zu Jugendlichen. Unterrichtseinheiten der Jugendoffiziere können sogar Inhalte der Abiturprüfung vermitteln. Nach eigenen Angaben arbeiten Jugendoffiziere dabei eng mit Wehrdienstberatern zusammen, die zur direkten Rekrutierung Jugendlicher da sind. Die Kooperation bindet die Bundeswehr zudem fest in die Referendarsausbildung und Lehrerfortbildung ein.

Diese Kooperationsvereinbarung lehnen wir strikt ab. Politische Bildung in den Händen von JugendoffizierInnen widerspricht den Mindestanforderungen für politische Bildung, die im Beutelsbacher Konsens im Jahre 1976 festgelegt wurden: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung. Dies soll auch unsere Leitlinie sein. Bildungsarbeit gehört in die Hände von PädagogInnen. SoldatInnen sind nicht für die Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen zuständig oder geeignet.

### **Wofür setzen wir uns ein?**

Wir setzen uns für die Rücknahme des Kooperationsvertrags sowie aller darin enthaltenen Konzepte konkret in Rheinland-Pfalz, aber grundsätzlich auch in allen Bundesländern ein. Der Werbefeldzug der Bundeswehr soll keine exklusive Bühne in Klassenzimmern erhalten. Wir wenden uns nicht gegen politische Aufklärung, ganz im Gegenteil. Diese ist essentiell notwendig, um gerade jungen Menschen eine umfassende und

---

1 Fact Sheet „Bundeswehr und Schule“: [www.imi-online.de/2010.php?id=2116](http://www.imi-online.de/2010.php?id=2116)

2 Terre des hommes fordert den Stopp jeder Art von militärischer Werbung und Rekrutierung bei Minderjährigen.  
[www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder\\_und\\_krieg/bundeswehr.htm](http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/bundeswehr.htm)

differenzierte Sicht auf politische Vorgänge zu ermöglichen, damit sie sich eine eigene Meinung bilden können. Die Bundeswehr vermittelt jedoch kein objektives Bild der Weltpolitik. Sie vermittelt Ansichten, die von pro-militärischen Strategien geprägt sind. Andere Konzepte der zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung sollten fester Bestandteil in Aus- und Fortbildung von PädagogInnen und LehrerInnen sein. Entsprechend dem Schulgesetz soll schulische Bildung „zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft“ erziehen (§ 1, Abs.2).

### **Unsere Ziele:**

- Aufklärung über die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft am Beispiel der Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen
- Engagement für eine Schule ohne Bundeswehr und für *Friedensbildung*
- Rücknahme der Bundeswehrkooperation des Kultusministeriums - dies ist für uns ein **Wahlprüfstein** für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27.3.2011. Anfragen dazu an Parteien laufen, bisher unterstützen zahlreichen Einzelpersonen, Friedensgruppen, politischen und kirchlichen Organisationen, Schüler und Lehrerverbänden, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen RLP unsere Forderung: **Beendigung der Bundeswehrkooperation mit Schulen!**

### **Interessiert?**

Wenn SchülerInnen in den Klassenzimmern der Propaganda der Bundeswehr ausgesetzt werden, soll das ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem es leichter ist, weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr durchzusetzen und Jugendliche dafür zu rekrutieren, besonders, wenn zivile Alternativen auf dem Arbeits- und (Aus-)bildungsmarkt fehlen. Unsere Kampagne richtet sich deshalb nicht nur an Friedensgruppen. Sie soll vielmehr Eltern, Lehrkräfte und Referendare und vor allem SchülerInnen sowie Studierende erreichen. Wenn ihr ebenso wie wir von diesem Thema betroffen seid, seid ihr bei der Kampagne richtig. Vorschläge und Kritik interessieren uns genauso wie Eure Aktivitäten vor Ort. Wer über unsere Aktionen informiert werden und die nächsten Schritte der Kampagne mitverfolgen will, kann dies mithilfe von Newsletters und Homepage.

### **Was tun?**

Welche Aktionen sind geplant und mit deiner Hilfe möglich:

- Anträge für eine Schule ohne Bundeswehr in Elternbeiräten und Schüler-vertretungen, Lehrer- und für Schulkonferenzen (Beispiele auf Homepage)
- Leserbriefe, Briefe an Kandidaten, Abgeordnete, Parteien u.a. gesellschaftliche Organisationen (Vorlagen siehe Homepage)
- Informations- & Diskussionsveranstaltungen organisieren/besuchen (siehe Veranstaltungstour)
- Verteilen dieses Faltblattes und weiterer Informationen z.B. bei

Wahlkampfveranstaltungen und Bundeswehrauftritten (Termine und Material siehe Homepage)

- Öffentliche Aktionen, Flashmobs, Infotische, Plakataktionen etc. (siehe Homepage)
- Viele dieser Maßnahmen werden von den Trägern und Unterstützern der Kampagne vor Ort organisiert, weitere Ideen und Aktivitäten sind willkommen!
- Mit einer Abschlussaktion in Mainz kurz vor der Landtagswahl endet die Kampagne, danach entscheiden wir, wie wir unser Engagement dazu fortsetzen.

**Weitere Informationen** zu Aktionen + Newsletter: [www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de](http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de) Für das Ifo-Blatt zeigt Markus Pflüger, AGF, ViSdP verantwortlich.

*Am 01.07. hat sich die Bistumsstelle noch einmal an den Bürgerbeauftragten gewandt. Seine Antwort vom 03.11. beruht weitgehend auf der Auffassung des Kultusministeriums, das eine Aufhebung des Vertrages ablehnt, aber Kirchen und Friedensorganisationen ebenfalls Kooperationsverträge anbieten will. Er hebt darauf ab, dass es eigentlich nur um eine formelle Festlegung der bisherigen Praxis gehe, und betont, dass der Vertrag zum Konzept, die Schulen zu öffnen gehöre. Dazu führt er aus:*

„In Rheinland Pfalz geht man diesen Weg der Öffnung, so zum Beispiel im Bereich der Ganztagschule, ganz konsequent, da man die Arbeit mit außerschulischen Expertinnen und Experten als Bereicherung erachtet. Die Jugendoffiziere sind dabei nur ein Partner unter vielen. Das Ministerium hält die Jugendoffiziere für seriöse Partner, die sich in das Konzept von historisch-politischer Bildung, die Demokratiepädagogik und die Primärprävention einbringen können. .... Das Ministerium will die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Anbietern von Zivil-, Friedens- oder Entwicklungshilfediensten intensivieren.“

*Das Votum des Katholikenrates im Bistum Trier vom 23.10. 2010 geht in die entgegen gesetzte Richtung:*

„Der Katholikenrat im Bistum Trier lehnt die beiden Kooperationsverträge, die das Land Rheinland-Pfalz und das Saarland zum Einsatz der Bundeswehr in der Schule und in der Lehrerfortbildung geschlossen haben, ab. Der Katholikenrat fordert beide Landesregierungen auf, die Kooperationsverträge zu kündigen und die darin festgeschriebene Form der Kooperation mit der Bundeswehr zu beenden.“

## **Begründung**

Der Betrieb und der Unterhalt von Schulen sowie die Erstellung von Rahmenlehrplänen ist eine staatlich-hoheitliche Aufgabe. Die Einbeziehung von Unternehmen und Fremdinstitutionen in den Regelbetrieb und die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, wie er in den Rahmenvereinbarungen vorgesehen ist, widerspricht diesem Grundsatz.

Es geht nicht mehr darum, dass die Bundeswehr oder andere sich im Rahmen von besonderen Projekttagen oder ähnlichen Veranstaltungen präsentieren, sondern Teil des Regelbetriebs in Schule und Lehrerbildung werden.

Das Angebot, dass auch Entwicklungs- und Friedensgruppen oder KDV-Berater in die Schule kommen können, um ihre Sicht der Dinge in den Fragen von Krieg und Frieden darzustellen, verliert schnell seinen „Charme“, wenn man die finanziellen und personellen Ressourcen dieser Gruppen mit denen der Bundeswehr vergleicht.

Es ist ohne Zweifel sinnvoll und notwendig, auch Auffassungen von Friedens- und Sicherheitspolitik jenseits der zurzeit herrschenden friedens- und sicherheitspolitischen Doktrin von Regierung und Bundeswehr in der Schule zu thematisieren und dabei Gruppen wie Kirchen oder Friedensorganisationen zu Wort kommen zu lassen. Wichtig ist dabei aber in jedem Fall eine qualifizierte Vor- und Nacharbeit durch die Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer pädagogischen Kompetenz.

Die Kooperationsverträge der Bundeswehr mit den Ländern zur Zusammenarbeit in Schule und Lehrerbildung tragen dazu bei, den einseitig militärischen Blick auf die Problemfelder der Welt in die Herzen und Köpfe der jungen Leute zu tragen und andere friedenspolitische Konzepte in den Hintergrund zu drängen. Insofern tragen die Kooperationsverträge nicht zur „Bildung“ bei, sondern verhindern vielmehr eine notwendige kritische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Indienstnahme des Militärs für geostrategische Interessen.

Schulen müssen personell, pädagogisch und finanziell so ausgestattet sein, dass sie auch ohne direkte Einflussnahme und „Unterstützung“ von außen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können.“

*Bei der Vollversammlung im März gab es schon eine Einschätzung des Vorsitzenden des Katholikenrates im Bistum Trier, Manfred Thesing, zum Spiel Pol&IS:*

„Während schon die im wirtschaftlichen Teil des Spieles vorhandene Grundannahme, dass zur Versorgung der eigenen Bevölkerung unabdingbar wirtschaftliches Wachstum in der eigenen Region notwendig ist, hinterfragt werden muss, so müssen die letztendlichen militärischen Optionsmöglichkeiten scharf verurteilt werden. Je nach Entwicklungsstand der Region gibt es Infanterie- und Panzerarmeen, Luftflotten, Marinestreitkräfte, strategische Raketenverbände, strategische Bomberschwader auch mit atomaren und chemischen Waffen. Diese Waffen dienen der Unterstützung der eigenen Interessen. Sie stehen nicht nur als Abschreckungspotential zur Verfügung. Sie sind in dem Spiel da, um eingesetzt zu werden.

Wie beim Spiel Risiko wird im Laufe der Weiterentwicklung auch bei PoLis gelegentlich dem Zeitgeist Rechnung getragen. Es können Umweltmodule,

Entwicklungshilfemodule zugeschaltet werden, auch der UN-Generalsekretär darf eine Rolle spielen.

Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Spielstrategie: Egal wie – Ich muss möglichst viel für meine Region rauszuholen. Und früher oder später stellt sich den Spielern immer die Frage, wann und wie sie das Militär einsetzen sollen. Die Frage, ob sie Militär einsetzen, stellt sich nicht.

Ein Spiel, das holzschnittartig und doch zugleich nahe an der Wirklichkeit - wie viele sie wahrnehmen - ist. Da es jedoch angeblich ein Lernfeld für SchülerInnen sein soll, fehlt ein Hinweis in andere Richtung: Auf Dauer wird nicht die Stärkung der eigenen Interessen, sondern ein „gemeinsam“ die Welt in einen Zustand versetzen, in dem alle die Chance auf ein Leben in Würde haben werden. Auf Dauer wird nicht der Einsatz von immer komplexeren, immer gigantischeren und immer bedrohlicheren Waffensystemen der Welt Frieden bringen, sondern ein Engagement in zivile Konfliktlösung, ein Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit, ein Respektieren, dass jeder und jede andere auf der Welt das gleiche Recht hat, in Würde zu leben.“

*Terre des hommes (die zeitung 2010/4) fordert gerade aufgrund seiner lang-jährigen Arbeit in Konfliktgebieten sowohl den Stopp jeder Art von militärischer Werbung bei Minderjährige, die Kündigung der Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr. Die militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht nämlich den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. In der Zeitung heißt es weiter:*

„Trotz der Gefahren lassen sich viele Jugendliche von guten Gehältern, festem Job, kostenlosem Studium und anderen Vergünstigungen der Bundeswehr locken – auch aus Angst vor Arbeitslosigkeit und fehlenden Alternativen. Rund 1.000 17-jährige Jungen und Mädchen lassen sich jedes Jahr freiwillig von der Bundeswehr verpflichten, mustern lassen kann man sich schon mit 16. Dies ist formal erlaubt, da es im Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von 2002 eine Lücke gibt. Zwar wird dort die freiwillige und zwangsweise Rekrutierung von unter 18-Jährigen für Armeen und bewaffnete Gruppen ausdrücklich verboten. Doch eine Ausnahmeregelung erlaubt staatlichen Streitkräften die Rekrutierung von Freiwilligen über 16 Jahren. Dies hatten Deutschland, Großbritannien, die USA und andere Länder auf Drängen ihrer Militärs gegen den Widerstand von Kinder- und Menschenrechtsgruppen durchgesetzt.

In Gesprächen mit terre des hommes und anderen Organisationen zeigte sich die Bundesregierung bisher nicht bereit, das Rekrutierungsalter für die Bundeswehr auf 18 Jahre anzuheben – obwohl auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Einhaltung der Kinderrechtskonvention und der Zusatzprotokolle kontrolliert, der Bundesregierung zuletzt 2008 empfahl, »das Mindestalter für die Rekrutierung auf 18 Jahre zu erhöhen, um den Schutz des Kindes durch insgesamt höhere gesetzliche Standards

zu fördern«. Außer Deutschland rekrutieren nur 25 Länder weltweit unter 18-Jährige in ihre staatlichen Armeen.“

*Mit vielen anderen Organisationen fordert terre des hommes eine „Schule ohne Militär“ und appelliert an Schüler, Eltern und Lehrer auf die Einladung von Soldaten der Bundeswehr zu verzichten. Terre des hommes weist auch auf die Zuständigkeit der Schulkonferenzen hin.*

## **Zur Verabschiedung der Position von pax christi zur Nahostarbeit**

*Im Folgenden werden einige persönliche Gedanken zum Ergebnis der Delegiertenversammlung und ihren Rahmenbedingungen wiedergegeben. Wiewohl ich nicht in Fulda anwesend war, war ich bei der Diskussion im Vorstand unserer Bistumsstelle, bei der diesjährigen Versammlung in unserem Bistum und zwischenzeitlich auch durch einen Telefonanruf aus Fulda mitbeteiligt.*

I

Das Ringen in pax christi um den Beschluss „**Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden**“, der für die Arbeit der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi in Israel/Palästina richtungweisend sein soll, hat sich meines Erachtens gelohnt. In der Vorlage zur Delegiertenversammlung wurde der Holocaust als Prämisse für die Beziehung zu Israel benannt, aber keine wirklichen Folgen aus dieser geschichtlichen Verantwortung gezogen. Nun heißt es eindeutig, dass pax christi für das Existenzrecht Israels in den Grenzen bis 1967 eintritt und analog von Hamas dieses Existenzrecht anzuerkennen wie auch von Israel den Staat Palästina anzuerkennen. Oder an späterer Stelle im Text heißt es: „Wir sehen das berechnigte Interesse des Staates Israel an der Sicherheit und Freiheit seiner Bürger/innen, und wir sehen ebenso das Recht auf Sicherheit und Freiheit der Palästinenser/innen“. Forderungen wie ein Warenboykott israelischer Waren aus den besetzten Gebieten wurden fallengelassen. Die Erinnerung an die Vorgänge im dritten Reich war zu brisant. Zur Klärung kann auch dienen, dass jedem Antisemitismus und aller Israelkritik, die sich mit antisemitischen Ressentiments verbindet, widersprochen wird. Allerdings verwahrt sich der Beschluss ebenso eindeutig gegen jede pauschale Verunglimpfung von Kritik an israelischer Politik als antisemitisch. Mit der erweiterten Reflektion über den Standort des eigenen Sprechens und den Blick auf die gesamte Situation hat der Beschluss bei dem Streben nach ungeteilter Solidarität gewonnen, auch wenn er von bestimmten Standpunkten kritisiert wird.

## II

Das Ringen um den Beschluss macht deutlich, dass sehr unterschiedliche Positionen Mitglieder von pax christi leiten: Die Solidarität mit den Opfern von Krieg, Besatzung und Terror. Der Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden. Die Erinnerung an den Antisemitismus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und die Vernichtungsmaschinerie des Holocaust. Damit sind nur einige angesprochen. Angesichts dieser Zusammenhänge ist es fast unmöglich, dass wir als Deutsche Stellung nehmen. Es scheint so, dass entweder die Opfer heute oder der Völkermord an den Juden nicht ernst genommen werden. Ich glaube, dass es deshalb nicht nur um den richtigen Standpunkt sondern auch um die Art des Sprechens geht. Ein ganz anderes Beispiel soll das Gemeinte aufzeigen. Eine Mutter, die ihrer Tochter klar machen will, dass diese ihr Kind anders behandeln soll, kann sinnvoller Weise ihre Worte nicht wählen, ohne darüber nachzudenken, dass sie selbst ja in entscheidender Weise ihre Tochter selbst mitgeprägt hat. Eine apodiktische Äußerung ist unangemessen und wird nicht ankommen.

Als in unserer Bistumsstelle über den Antrag des Präsidiums zu Nahost diskutiert wurde, habe ich selbst in einem eigenen Entwurf den Versuch gemacht, eine passende Sprache zu finden. Zur Verdeutlichung daraus zwei Abschnitte:

*„Wenn wir auf die konflikträchtige Situation In Palästina und Israel blicken, erkennen wir, dass sich alle politischen und gesellschaftlichen Akteure auf Unrecht und Traumata in Vergangenheit und Gegenwart berufen. Der Knoten aller dieser Ereignisse erscheint unentwirrbar, wenn wir an die Shoa, die Naqba, die Vielzahl der Flüchtlinge und Opfer der Kriege von der Zeit der Staatsgründung Israels an bis zum Kampf Gaza 2008-09, an den bis heute andauernden Aufenthalt in Flüchtlingslagern, den Überfall auf die Lager Sabra und Shatila, die Opfer der Selbstmordattentäter und der Besatzung, die umstrittenen Siedlungen und vieles mehr denken. Diese zahlreichen Lasten der Vergangenheit gehen immer neu in aktuelle Forderungen und Rechtfertigungen ein. Da auf diesem Hintergrund immer neue Aktionen geplant und durchgeführt werden, die erneut Menschen zu Opfern machen, appellieren wir zuerst an die Verantwortlichen auf allen Seiten, das Wohl und Wehe der Menschen, ihre Würde und nicht strategische oder politische Optionen zur Handlungsmaxime zu machen. Die Erfahrung zeigt, dass die Begleitumstände solcher Muster unweigerlich zu neuen Leidtragenden führen. Aus unserer Sicht ergeben Handlungen nur Sinn, wenn sie den Menschen jetzt und in Zukunft dienen. Die Menschenwürde und die Menschenrechte geben dazu verlässliche Orientierung.“*

*„Wir als Friedensbewegung sind davon überzeugt, dass die Menschen in Israel und Palästina selbst am deutlichsten wissen, was notwendig ist, was der Würde der Menschen, was dem Frieden aller im Lande dient. Die*

*Geschichte von Ismail Khatib, seiner Frau Abla und ihres Sohnes Ahmed, der beim Spiel mit einem Plastikgewehr von israelischen Soldaten 2005 erschossen wurde, macht das real und gleichzeitig symbolisch deutlich. Die palästinensischen Eltern entschlossen sich, die Organe ihres getöteten Jungen kranken israelischen Kindern als Implantate zur Verfügung zu stellen. Sie lassen sich nicht von Feindschaft oder Rache leiten. Sie überwinden Grenzen und bauen eine Brücke. Sie setzen ein Zeichen für ein Leben, das aus dem Miteinander erwächst und auch nur erwachsen kann. Der Kontakt zwischen den Familien besteht weiterhin.“*

Ich hoffe die Abschnitte erklären, welches Ziel ich vor Augen habe. Wenn ich die verabschiedete Erklärung vor Augen habe, ist auch sie in Sprache und Duktus diesem Ziel viel näher gekommen als alle Vorentwürfe. \*

### III

Ich kann mir vorstellen, dass wir manche Kontroverse einfacher steuern könnten, wenn wir hinreichend Sorgfalt walten lassen, indem wir auch unsere Quellen offen legen. Ich gehe davon aus, dass zahlreiche Informationen uns erheblich gefiltert erreichen. Ereignisse werden nach Bewertungen ausgerichtet und mit diesen gemischt. Wie können wir zum Beispiel feststellen, ob in der Bewegung für ein freies Gaza antisemitische Gruppen beteiligt sind und welchen Einfluss sie dort nehmen? Auf welcher Grundlage beruht die Bewertung antisemitisch? Wie erhalten wir zuverlässige Nachrichten aus der arabischen Welt? Welche Ressentiments sind schon mit in die Übermittlung eingegangen? Können wir das Geflecht von Fakten und Bewertungen auflösen oder müssen wir uns auf glaubwürdige Quellen verlassen? Jedenfalls, wenn wir zu äußerst gegensätzlichen Standpunkten kommen, könnte es nützlich sein unsere Ausgangspunkte und unsere Informationen anzusehen.

Wir sollten uns aber ebenso mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Untersuchungen sprechen dafür, dass antisemitische Vorstellungen in unserer Gesellschaft weiterhin erheblichen Raum haben. Es geht mir aber auch darum, den Begriff möglichst präzise zu gebrauchen. Hannah Arendt mit ihrem „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ oder auch die Forschungen des Antisemitismusforschers Benz könnten den Weg weisen. Ich bin davon überzeugt, dass ein verwässerter Gebrauch der eigentlichen Problematik schadet. Das Phänomen selbst ist die Quelle so großen Unheils als dass wir die Rede davon in allen möglichen Kontexten und als „passende“ Argumentation undifferenziert benutzen dürfen. Das würde dazu führen, dass niemand mehr zuhört.

Und noch eine Anmerkung am Schluss. Auch wenn seit der Vernichtung der Juden im dritten Reich 65 Jahre vergangen sind und die meisten Beteiligten und Zeitzeugen inzwischen gestorben sind, scheint es mir ein fundamentaler Irrtum zu sein, wenn man glaubt einen Schlusstrich ziehen zu können. Das meine ich unabhängig davon, ob wir die Erinnerung als

Mahnung oder als Warnung für notwendig halten. Einmal belegt das das Fortbestehen der antisemitischen Vorstellungen, zum anderen setzen sich bedeutende Ereignisse wie Traumata über Generationen fort. Weitere Geschichte wird Blickwinkel verändern, aber die Vergangenheit und ihre Auswirkungen nicht aus der Welt schaffen. Insofern stellt sich bei der Forderung nach dem Schlusstrich die Frage, wozu er dienen soll. Der Erinnerung an die Opfer dient er wohl nicht. Die nachfolgenden Generationen müssen sich ihre Zugänge neu suchen.

#### IV

Nach allem, was ich von der Delegiertenversammlung mitbekommen habe, sind die Wellen teilweise so hoch geschlagen, dass Delegierte verletzt oder verärgert nach Hause gefahren sind. Dazu gehört, dass unser Antrag als Privatmeinung gekennzeichnet und die Delegierten aus unserem Bistum, die die entsprechende Position vertreten haben, als teilweise als störende Minderheit angesehen wurden.

Im Übrigen ist das nicht das erste Mal. Zur Zeit der Kriege auf dem Balkan war es ähnlich. Angesichts dessen glaube ich, dass wir intern etwas aufzuarbeiten haben. Wenn wir als Friedensbewegung in politische und gesellschaftliche Situationen hineinsprechen, ist es selbstverständlich, dass wir Verhandlungen, Ausgleich und Verständigung fordern. Wenn Situationen verfahren sind, plädieren wir für gewaltfreie Aktionen. Nach meiner Ansicht können wir nur glaubwürdig nach außen auftreten, wenn unser Stil und Umgang im Inneren ebenfalls davon geprägt ist. Der Dissens in der Sache kann nur einhergehen mit der Wertschätzung des Kontrahenten. Selbst auf dem Fußballplatz gehen nach einem Foul die Spieler wieder aufeinander zu und der Verursacher entschuldigt sich.

Wie gehen wir in unserer Bewegung mit Differenzen, unterschiedlichen Zielsetzungen und lästigen Mahnern um? Können wir ihren Widerspruch aushalten, ohne sie zu disqualifizieren, sie als borniert oder lästig anzusehen? Haben wir eine akzeptable Streitkultur, die Differenzen in Sache klar benennt aber die Person des anderen achtet? Haben wir Interesse, unnötige Kontroversen (vergleiche die Auseinandersetzung um einen Beschluss unserer Bistumsversammlung zum Antrag über die Nahostposition von pax christi) aufzuklären? Gelingt es uns auf Gang oder beim Frühstück den Kontakt zu erneuern oder müssen wir nachkarten?

Es bleibt die Frage, was macht manche Delegiertenversammlung so zwiespältig? Wollen wir zu viel erreichen? Schaffen wir uns mit der oft umfangreichen Tagesordnung einen Stressfaktor? Geben wir zu wenig Raum für das Miteinander? Oder sehen wir vorrangig nur politische Ziele und haben keine Spiritualität, die unsere Gemeinsamkeit trägt?

Ich glaube, hier hat das Präsidium eine Rolle wahrzunehmen. Das Eintreten für ein Ziel ist das Eine, die Sorge um das Miteinander in der Sektion das andere. Auch Minderheiten sollten erfahren, dass sie ihren

Platz haben, dass ihr Beitrag nachdenkenswert ist. Ich gehe davon aus, dass das prinzipiell Zustimmung erhält. Geht aber eine Versammlung so zwiespältig auseinander wie in diesem Jahr, ist das Grund genug, nachzudenken und nach Veränderungen zu suchen.

*\* Ich bin mir bewusst, dass in unserer Bistumsstelle einige wie Waltraud Andruet, Rudi Kemmer und Werner Schwarz ihren Gesichtspunkt anders setzen. Sie gehen von der konkreten Opfersituation der palästinensischen Bevölkerung aus und wollen auf der Basis von Menschenrechten und dem Völkerrecht die Besatzungspolitik Israels der Kritik unterziehen. Angesichts der Geschehnisse könne Schweigen auch Schuld auf sich laden bedeuten. In ihrem Sinne sind Äußerungen wie die der international bekannte, ehemaligen Politiker mit ihrem Aufruf zu einer Änderung der Politik gegenüber Israel notwendig.*

*Ihren Einsatz für die Opfer teile ich ganz und gar, glaube aber, dass wir unseren historischen Ort bewusst mit einbeziehen müssen; international sprechen oder als deutsche Bürger zu sprechen würde durch unterschiedliche Akzente gekennzeichnet sein. Außerdem bin ich wie oben dargelegt, davon überzeugt, dass die Akteure (zumindest die politischen) sich in einem Unheilskreislauf bewegen, weil sie ihre Aktionen jeweils aus vergangenen Geschehnissen rechtfertigen. Der Aufruf zu einer anderen Politik der EU mag im Rahmen internationalen politischen Handelns üblich sein, verlässt nach meiner Ansicht diesen Kreislauf nicht wirklich.*

Albert Hohmann

## **Abraham in der christlichen, jüdischen und muslimischen Tradition**

Abraham, auf den sich Juden, Christen und Muslime in ihrem Glauben berufen, war Thema eines Vortrags- und Gesprächsabend am 23.11.2010 im St. Markus Haus Wittlich, zu dem die pax christi Gruppe Wittlich, die Katholische Erwachsenenbildung Dekanat Wittlich und die Türkisch-islamische Union Wittlich mit dem christlich-islamische Gesprächskreis ca. 60 Besucher, etwa gleich viele Christen und Muslime begrüßen konnten. Die katholische Referentin Dr. Marianne Bühler stellte dieses gemeinsame Erbe im Bild eines Hauses dar: auch ein Haus kann man erben, man kann sich darum streiten, sich in abgeschlossenen Wohnungen einrichten, voneinander getrennt leben und wenig Kontakt haben. Dies war über lange Jahrhunderte der Fall, aber seit einigen Jahrzehnten (in der kath. Kirche seit dem 2. Vatikanischen Konzil in den 1960er Jahren) gibt es Öffnungen sowohl zum Judentum als auch zum Islam hin, bei denen auch wieder auf Abraham als die große Gestalt des Glaubens zurückgegriffen wird. Für Christen spielt dabei der Apostel und Völkermissionar Paulus eine entscheidende Rolle. Er hat für die damalige Zeit neu deutlich gemacht, dass Abraham der war, dessen Glaube vor Gott zählt. Und auch der, dem Segen für alle Völker verheißen wurde.

Im Judentum ist und bleibt Abraham der Stammvater und Glaubensvater, mit dem Gott einen Bund geschlossen hat und im Land und in den Nachkommen eine große Zukunft verheißen hat; seine ganz besondere Gottesbeziehung drückt die Bibel im Wort vom „Freund Gottes“ aus.

Der muslimische Referent Tahir Dogan griff Erzählungen aus dem Koran auf, die besonders verdeutlichen, dass Abraham der Vertreter des Glaubens an den einen Gott war, dass er die Götterwelt seines Vaters ablehnte und deshalb auch sein Elternhaus und seine Heimat verlassen musste. Die schwerste Prüfung, die ihm auferlegt wurde, war es, seinen Sohn (in islamischer Tradition: Ismael) zu opfern; er und sein Sohn erklärten ihre Bereitschaft, aber Gott suchte einen Widder als Ersatzopfer. Ibrahims/Abrahams Opfer ist Vorbild für das rituelle Opfern von Schlachtvieh während der Wallfahrtszeit in der Nähe von Mekka und das jährliche Opferfest, bei dem ein Teil des Fleisches für die Armen gegeben wird. Insgesamt ist die Wallfahrt nach Mekka mit vielen Traditionen rund um Ibrahim und seine Familie verbunden. Der Islam kennt kein auserwähltes Volk, der Bund Gottes erstreckt sich nicht auf die, die Unrecht tun. (2:124)

In der anschließenden Diskussion ging es um Nachfragen nach dem Gottesbild, dem Schriftverständnis der verschiedenen Religionen, dem Verständnis über die Verheißungen von Land und Nachkommen, sowie um weitere Einzelfragen.

Ein Teilnehmer gab grundsätzliche zu bedenken, dass das sehr unterschiedliche Verständnis der Schrift im Islam und im heutigen Christentum, keinen wirklichen Dialog ermögliche. Dies müsse weiter durchdacht werden. Vom Gesprächskreis, auch von Imam Mehmet Yeni, wird eine Fortführung dieses Dialoges, den es seit 9 Jahren gibt, als sinnvoll erachtet, da so gegenseitiges Kennen lernen, das Verständnis füreinander und auch neues Verstehen des eigenen Glaubens gefördert werden.

Rudi Kemmer

### **„Gerecht geht anders!“**

*Redebeitrag Herbert Böttcher (Sozialforum Koblenz) bei der Gewerkschaftskundgebung 12.11.10 in Koblenz. Vor dem Text noch ein Hinweis auf das Leben mit Hartz IV (Klartext Seite 10)*

### **Leben mit diesem Regelsatz pro Tag bedeutet:**

- 4,23 Euro für Ernährung und Getränke, darunter 88 Cent für Frühstück und je 1,57 Euro für Mittag- und Abendessen;
- 34 Cent für Cafe- und Kneipenbesuche (Mit einem Capuccino in der Woche ist der Vorrat aufgebraucht.);
- 60 Cent für den öffentlichen Nahverkehr (Das ist eine Hin- und Rückfahrt in der Woche.);
- 60 Cent für Telefonkosten incl. Grundgebühren (Das sind 7 Cent täglich für Telefongespräche);
- 34 Cent für Zeitungen/Zeitschriften (Das reicht für eine Tageszeitung in der Woche.);
- 15 Cent für Sport- und Freizeitveranstaltungen (Das reicht für einen Kinobesuch alle zwei Monate.)

Diese Beträge stehen oft nur auf dem Papier, weil zum Beispiel tatsächliche Mieten nicht anerkannt werden; Bewerbungs- oder Gesundheitskosten nicht gezahlt werden; Tilgungsraten von Eigenheimen nicht anerkannt, Schulden nicht zurückgezahlt werden; einmalige Anschaffungen von den vorgesehenen Minibeiträgen nicht angespart werden konnten; die Regelsatzkürzungen bei Kindern über sieben Jahren aufgefangen werden müssen usw.;

„Weniger als 3 Millionen Arbeitslose“ – so ist es auf Propagandaplakaten der Bundesregierung zu lesen. Wer trotz solcher Propaganda immer noch eins und eins zusammenzählt, kann nicht übersehen:

- Der sog. Aufschwung soll am Sparprogramm, sprich am Sozialabbauprogramm nichts ändern.
- Trotz Aufschwung wächst die Verarmung in unserem Land und weltweit. Menschen werden arm, weil sie für die Verwertung des Kapitals ‚überflüssig‘ sind. Menschen sind aber auch arm trotz regulärer Beschäftigung oder Arbeit in den wachsenden prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- Der jetzt so gepriesene Aufschwung ist erkaufte mit Sozialabbau, Niedriglöhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. In Krise und Konkurrenz schaffen genau diese Perversitäten sog. Standortvorteile. Wer über den deutschen Tellerrand hinaussieht, wird erkennen, dass die Krise des Kapitalismus nicht bewältigt ist, sondern weiter tobt:
- Der Kapitalismus hält sich seit den 70er Jahren nur über wachsende Verschuldung am Leben. Die Rettungsaktionen der Krise von 2008 haben die Staatsverschuldung in unermessliche Dimensionen getrieben.
- Weil Exporte nötig sind, um nicht noch tiefer in die Schuldenfalle zu geraten, tobt ein Währungskrieg um niedrige - weil Exporte fordernde – Wechselkurse. Die Exporterfolge der Gewinner werden ja mit den Schulden der Verlierer bezahlt.

- Die USA meinen ihre Wirtschafts- und Schuldenkrise durch die Vermehrung der Geldmenge zu bewältigen. Genau das treibt neue Spekulationsrunden an und produziert jene Blasen, die, wenn sie platzen, ganze Volkswirtschaften und Staaten – und vor allem Menschen – in den Abgrund reißen.

- Wie gigantisch müssten Aufschwung und Wachstum eigentlich sein, wenn die Verschuldung bewältigt werden soll? Eines ist sicher: Die Erde und vor allem das Klima würde das nicht aushalten. Es sind ausgerechnet die Militärs, die vor der Klimakatastrophe warnen – nicht um sie zu bewältigen, sondern um militärisch gerüstet zu sein, um ihre Folgen – Migration, Instabilität, schwieriger Zugang zu den Rohstoffen – durch militärische Intervention, sprich durch Krieg, bekämpfen zu können. Wer über den Tellerrand hinaussieht, kann erkennen: Der Kapitalismus stößt auf eine innere Schranke, die er nicht mehr überspringen kann. Er untergräbt seine eigenen Grundlagen: die Arbeit und die Natur. Das Dilemma lässt sich auch so formulieren:

Sparen würgt Konjunktur und Wachstum ab. Aufschwung und Wachstum der einen wird durch die Defizite der anderen bezahlt und zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen.

Menschen in sozialen Bewegungen und in den Kirchen, die dies so sehen, versuchen mehrere Dinge zusammen zu bringen:

- Den Kampf für einen Lohn und eine Existenzsicherung, von denen Menschen gut leben und am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Dazu gehört wesentlich die Forderung nach Mindestlohn.

- Den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

- Dass Menschen ein Recht auf die Sicherung der materiellen Grundlagen des Lebens und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben, ist nicht verhandelbar. Und wenn ein System, das sich als globaler Weltmarkt versteht, dies nicht weltweit garantieren kann, sondern die Grundlagen des Lebens zerstört, hat es seine Legitimation verloren. Wo es keine Alternativen im Kapitalismus gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.

Politische Einzelforderungen müssen sich verbinden mit der Suche nach einer grundlegenden Neuorientierung, nach einer Wirtschaft und Gesellschaft im Dienst des Lebens statt der Vermehrung des Kapitals um jeden Preis.